

Insolvenzen in Europa

Jahr 2003/04

Eine Untersuchung der
Creditreform Wirtschafts-
und Konjunkturforschung

INHALT

SEITE

1	Einleitung	
	Unternehmensstabilität versus konjunkturellem Aufschwung?	1
2	Insolvenzen in Europa – die aktuellen Insolvenzen im Jahre 2003	2
3	Insolvenzen in Deutschland	7
4	Im Kern der Probleme: Die Finanzierung	9
5	Konjunktur und Insolvenzen	13
6	Länderberichte	16
6.1	Großbritannien	16
6.2	Italien	17
6.3	Spanien	18
6.4	Frankreich	19
7	EU-Osterweiterung: Beitrittskandidaten	20
7.1	Polen	23
7.2	Slowakei	24
7.3	Slowenien	25
7.4	Tschechien	26
7.5	Ungarn	27
7.6	Baltikum: Estland, Lettland und Litauen	27
8	Insolvenzen in Japan und den USA	28
8.1	Japan	28
8.2	USA	29
9	Zusammenfassung	31

Verzeichnis der Informationsquellen

■ 1 Einleitung

Unternehmensstabilität versus konjunkturellem Aufschwung?

Die Konjunktursignale in Westeuropa stehen auf Grün. In Deutschland und den Nachbarländern zeigen sich seit dem Sommer 2003 die ersten Zeichen wirtschaftlichen Aufschwungs. Im Schlepptau der us-amerikanischen Recovery – und im Schatten des starken Euro – vermag die Industrie in den meisten westeuropäischen Ländern wieder positive Zeichen zu setzen. Weder in Deutschland noch in Gesamteuropa aber lassen sich diese positiven gesamtwirtschaftlichen Tendenzen auf die Entwicklung der Insolvenzen fortschreiben. Auch wenn die Steigerung bei den Unternehmenszusammenbrüchen nicht so markant ist wie in früheren Jahren, setzt sich doch die negative Entwicklung weiter fort. Vor allem der Insolvenzantrag des italienischen Parmalat-Konzerns hat gezeigt, dass die Mechanismen der Überwachung und des Bewertens von Unternehmen noch weit davon entfernt sind, kriminelle Machenschaften zu verhindern. Wer mit entsprechender krimineller Energie und in der richtigen Position in einem Unternehmen vorgeht, kann immer noch „verdeckt“ und zum Schaden von Gläubigern und Eignern ein Unternehmen in den Bankrott führen. Dabei geht es nicht nur um direkte Verluste durch Forderungsausfälle, sondern noch stärker um Vertrauensschäden, die Investoren und Kreditgeber ernüchtern. Einen solchen Effekt haben aber nicht nur die Zusammenbrüche großer Konzerne – auch die Vielzahl kleiner „schlechter Risiken“ durch die Pleite kleiner und mittlerer Unternehmen sorgen für ein einem Aufschwung abträgliches Klima.

Eine Festigung und erhöhte Transparenz im Zusammenhang mit der Finanzsituation von Unternehmen muss deshalb auf der Agenda, die das Zusammenwachsen der einzelnen Länder bestimmt, ganz oben stehen.

Besonderes Gewicht erhält eine solche Forderung durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zum Mai 2004. Bisher können diese Volkswirt-

schaften zwar als funktionierende Marktwirtschaften bezeichnet werden, hinsichtlich der institutionellen Rahmenbedingungen weisen sie jedoch einige Schwächen auf. So sind die Marktein- und -austritte in diesen Ländern zwar durchaus rechtlich geregelt, doch gibt es „bei der praktischen Implementierung Schwierigkeiten“, wie das Bundesfinanzministerium schreibt. Während in Ungarn und Polen die Register und die formalen Abwicklungen von Eintragungen und Löschungen sich im Lot befinden, ist bei der tschechischen Republik und in Slowenien noch einiger Handlungsbedarf. Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung hat in der vorliegenden Analyse – einem wiederholten Wunsch folgend – zum ersten Mal die Zahl der Insolvenzen der Beitrittsländer aufgenommen. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die einzelnen existierenden Insolvenzrechte der Länder aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht rigoros angewandt werden. Tatsächlich existieren Unternehmen weiter am Markt, die im Sinne des Rechts überschuldet oder zahlungsunfähig sind und die somit eine Gefahr für Investoren darstellen. Dennoch: Es bleibt nicht nur im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung Westeuropas, sondern auch auf die Konsolidierung bei den Unternehmen der Beitrittsländer Optimismus Pflicht.

■ 2 Insolvenzen in Westeuropa – die aktuellen Insolvenzen im Jahre 2003

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Europa steigt auch 2003 weiter an: Im Jahr 2002 meldeten 151.255 Unternehmer ihren Betrieb insolvent, 2003 legt die Zahl der Pleitefirmen um knapp 6.000 oder 3,9 Prozent auf 157.138 zu.

Damit liegt die Steigerungsrate der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland über dem Durchschnitt der EU: Hier betrug der Zuwachs 5,5 Prozent. Insgesamt traten 39.700 Unternehmen der Gang zum Insolvenzgericht an – 2002 waren es 37.620.

Erneuter Anstieg

Anzumerken bleibt, dass eine Vergleichbarkeit der Zahlen nur begrenzt möglich ist: Unterschiede in Recht

und Kultur geben ein verzerrtes Bild der Insolvenzsituation im jeweiligen Land. Als Beispiel sei Spanien genannt, dessen Insolvenzzahlen weit unter denen der anderen vier europäischen „Großnationen“ liegen, was auch daran liegt, dass in Spanien eine der GmbH ähnliche Rechtsform ohne großes finanzielles Aufkommen gegründet werden kann. Geht dann ein solches Unternehmen in Konkurs, lohnt es sich nicht, ein Abwicklungsverfahren zu organisieren – vielmehr bleibt das Unternehmen als „Ruine“ in den Registern. Ähnliches gilt für die Situation in einigen Beitrittsländern.

Trotz Anspringens der Wirtschaft in vielen europäischen Ländern, sieht es nach wie vor nicht nach einem turn around in Sachen Insolvenzentwicklung aus. Allerdings hat sich die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen im Vergleich zu 2002 verlangsamt: Waren damals noch 10,7 Prozent mehr Insolvenzen zu verzeichnen als 2001, hat sich der Aufwärtstrend nun um 6,8 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent abgeschwächt.

**Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Europa 2003
(im Vergleich zum Vorjahr)**

■	2003	2002	Veränderung in Prozent
Belgien	7.463	7.222	+ 3,3
Dänemark	2.465	2.469	- 0,2
Deutschland	39.700	37.620	+ 5,5
Finnland	2.810	2.885	- 2,6
Frankreich	40.472	37.987	+ 6,5
Griechenland	480	489	- 1,8
Großbritannien	15.667	17.094	- 8,3
Irland	316	379	- 16,6
Italien	16.000	15.500	+ 3,2
Luxemburg	641	695	- 7,8
Niederlande	6.355	6.489	- 2,1
Norwegen	3.080	2.603	+ 18,3
Österreich	5.564	5.281	+ 5,4
Portugal	2.980	2.092	+ 42,4
Schweden	8.061	7.819	+ 3,1
Schweiz	4.539	4.002	+ 13,4
Spanien	545	629	- 13,4
Gesamt	157.138	151.255	+ 3,9

Portugal hat die höchste Zuwachsrate

Den höchsten relativen Zuwachs an Firmenpleiten verzeichnet Portugal: Um 42,4 Prozent auf 2.980 Insolvenzen steigt der Wert binnen Jahresfrist. Aufgrund der schwachen Binnennachfrage in Portugal ziehen sich immer mehr Unternehmen – auch deutsche – aus dem Markt zurück. Besonders die Textil- und Bekleidungsindustrie hat darunter zu leiden. Die Binnennachfrage ist in Portugal seit 2001 rückläufig.

Auf Platz zwei der Länder mit den höchsten Zuwachsraten liegt Norwegen. Plus 18,3 Prozent auf 3.080 Insolvenzfälle stieg die Zahl in 2003. Die Dynamik des großen Erdölexporteurs zeigt seit geraumer Zeit nach unten. Erst im dritten Quartal konnte Norwegens Wirtschaft die seit einem Jahr währende Rezession hinter sich lassen. Immerhin stützte (trotz hoher Arbeitslosigkeit) ein starker privater Konsum die Wirtschaft, und auch Aufträge der Öffentlichen Hand trugen einen guten Teil zur Wirtschaftsleistung bei. Insgesamt konnte dies die negativen Effekte schwacher Investitionen (ausgenommen Ölinvestitionen) sowie schwacher Exporte (bei gleichzeitig starken Importen) nicht kompensieren.

Im zweistelligen Zuwachsbereich der Insolvenzen liegt auch die Schweiz: Um 13,4 Prozent oder 537 Fälle auf 4.539 Betriebe wuchsen die Konkurse in 2003. Auch die Schweiz befand sich in einer Rezession, überwand diese aber zur Jahresmitte. Die Exporte, auf die fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung entfallen, wuchsen im dritten Quartal so schnell wie schon seit einem Jahr nicht mehr. Insolvenzen reagieren auf ein Anspringen der Wirtschaft mit einer zeitlichen Zäsur, was den für die Schweiz außergewöhnlichen weiteren Anstieg der Unternehmensinsolvenzen erklärt.

... die grüne Insel boomt

Platz eins des positiven „Unternehmensinsolvenz-Ranking“ belegt Irland: Die grüne Insel konnte die Unternehmensinsolvenzen um 16,6 Prozent auf 316 Fälle reduzieren. Zum Vergleich: In Düsseldorf gingen 2003 480 Betriebe pleite. Der „keltische Tiger“ entwickelte sich – dank niedriger Steuersätze – innerhalb der letzten 30 Jahre vom ärmsten Land der EU zu einem der beliebtesten Standorte ausländischer Firmen. Aus

deutscher Sicht – vor dem Hintergrund der heimischen Insolvenzsituation – sind die Rahmenbedingungen vorbildlich: Die private Einkommenssteuer hat nur zwei Stufen: 22 und 41 Prozent, die Kapitalertragssteuer wurde um die Hälfte auf 20 Prozent gekürzt und die für Investoren wichtige Körperschaftssteuer beträgt lediglich 12,5 Prozent. Trotzdem haben sich die Einnahmen der Körperschaftssteuer seit 1990 verachtfacht.

Auch zwei der europäischen „big five“ Länder; nämlich Spanien und Großbritannien weisen deutliche Rückgänge der Unternehmensinsolvenzen aus: In Großbritannien reduzierte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf 15.667 Fälle – das entspricht einem Rückgang von 8,3 Prozent (Vorjahr: 17.094). In Spanien meldeten 84 Unternehmen weniger Konkurs an als 2002, was in Anbetracht der geringen absoluten Zahl an Insolvenzen einem Rückgang von 13,4 Prozent entspricht.

Tab. 2: Insolvenzen in Europa von 1998 - 2003

■	Absolut						Veränderungen in Prozent				
	2003	2002	2001	2000	1999	1998	02/03	01/02	00/01	99/00	98/99
Belgien	7.463	7.222	7.062	6.791	7.150	6.925	3,3	2,3	4,0	- 5,0	3,2
Dänemark	2.465	2.469	2.189	1.732	1.586	1.800	- 0,2	12,8	26,4	9,2	- 11,9
Deutschland	99.800	84.330	49.510	41.780	33.870	33.977	18,3	70,3	18,5	23,4	- 0,3
Finnland	2.810	2.885	2.793	2.908	3.080	3.136	- 2,6	3,3	- 4,0	- 5,6	- 1,8
Frankreich	40.472	37.987	34.876	37.449	41.186	55.000	6,5	8,9	- 6,9	- 9,1	- 25,1
Griechenland	480	489	591	636	694	871	- 1,8	- 17,3	- 7,1	- 8,4	- 20,3
Großbritannien	53.640	50.895	48.397	47.404	46.900	37.500	5,4	5,2	2,1	1,1	25,1
Irland	316	379	427	344	815	686	- 16,6	- 11,2	24,1	- 57,8	18,8
Italien	16.000	15.500	15.200	15.000	14.760	15.000	3,2	2,0	1,3	1,6	- 1,6
Luxemburg	641	695	750	597	545	423	- 7,8	- 7,3	25,6	9,5	28,8
Niederlande	8.537	8.297	5.832	3.726	3.920	5.031	2,9	42,3	56,5	- 4,9	- 22,1
Norwegen	5.324	4.473	3.541	3.576	3.342	3.347	19,0	26,3	- 1,0	7,0	- 0,1
Österreich	9.944	9.047	8.777	9.006	8.934	7.319	9,9	3,1	- 2,5	0,8	22,1
Portugal	2.980	2.092	1.594	1.308	999	783	42,4	31,2	21,9	30,9	27,6
Schweden	8.666	8.387	8.012	7.301	7.261	9.200	3,3	4,7	9,7	0,6	- 21,1
Schweiz	9.679	8.802	8.145	8.300	8.490	8.850	10,0	8,1	- 1,9	- 2,2	- 4,1
Spanien	545	629	335	602	620	896	- 13,4	87,8	- 44,4	- 2,9	- 30,8
Gesamt	269.762	244.578	198.031	188.460	184.152	190.744	10,3	23,5	5,1	2,3	- 3,5

Privatpersoneninsolvenzen überflügeln Unternehmens- konkurse

Nicht alle Länder haben ein Insolvenzverfahren für Privatpersonen. Das in Deutschland 1999 eingeführte und Ende 2001 reformierte Verbraucherinsolvenzverfahren hat zu einem enormen Anstieg der Insolvenzen von natürlichen Personen geführt. Die oben dargestellte Tabelle zeigt die Gesamtinsolvenzen, also die Zahl der Insolvenzen inklusive der sogenannten „non-business-files“, die nur in den Ländern Deutschland, Großbritannien, Schweiz, Österreich, Schweden, Norwegen und den Niederlanden existieren. Auch in Frankreich gibt es die Möglichkeit, sich als Privatperson seiner Schuldenlast zu entledigen. Jedoch ist dieses Verfahren vom Unternehmensinsolvenzverfahren völlig abgespalten und wird statistisch nicht erfasst.

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Westeuropa steigt 2003 um 10,3 Prozent auf 269.762 Fälle und stellt einen neuen Rekord in der Insolvenzgeschichte Europas dar. Im Jahr 2002 meldeten 244.578 Personen und Unternehmen Insolvenz an. Verantwortlich für den Zuwachs in dieser Höhe sind insbesondere die Länder Deutschland und Großbritannien. In Deutschland stieg die Zahl der Gesamtinsolvenzen auf 99.800 – 18,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Und Großbritannien meldet 53.640 Gesamtinsolvenzen – ein Anstieg um 5,4 Prozent. Sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland, Österreich, Norwegen, Schweden und in den Niederlanden ist der Anstieg der Privatpersoneninsolvenzen höher als der der Unternehmensinsolvenzen.

Die Schweiz trotz dem Trend

Lediglich in der Schweiz ist es umgekehrt: Die Steigung bei den Unternehmensinsolvenzen (plus 13,4 Prozent auf 4.539) übertrifft die Steigung bei den Privatpersoneninsolvenzen (plus 7,1 Prozent auf 5.140 Fälle).

Setzt man die Zahl der Insolvenzen des Jahres 2003 in Relation zur Anzahl der Unternehmen des jeweiligen Landes, belegt Spanien die Spitzenposition. Auf der iberischen Halbinsel gehen von 10.000 existierenden Unternehmen lediglich 2 insolvent. Platz 2 hat Griechenland inne: 6 von 10.000 Betrieben meldeten 2003 Konkurs – in Irland waren es 33.

Am Ende der Skala stehen Österreich mit 247 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen, Schweden mit 299 Insolvenzen und Luxemburg mit 321 Konkursen je 10.000 Unternehmen.

Der westeuropäische Durchschnitt liegt bei 79 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen.

Tab. 3: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Spanien	2
Griechenland	6
Irland	33
Italien	39
Portugal	44
Großbritannien	45
Niederlande	115
Deutschland	136
Belgien	137
Dänemark	137
Schweiz	142
Finnland	144
Frankreich	163
Norwegen	176
Österreich	247
Schweden	299
Luxemburg	321
Gesamt	79

Deutschland liegt im Mittelfeld der westeuropäischen Länder. 136 von 10.000 existierenden Betrieben gingen im vergangenen Jahr pleite.

■ 3 Insolvenzen in Deutschland

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland lag deutlich unter dem EU-Durchschnitt und war zum ersten Mal seit 1993 rückläufig. Mit einem Minus von 0,1 Prozent des BIP wurde selbst „der untere Erwartungshorizont“ unterschritten, so Johann Hahlen, Präsident des Sta-

tistischen Bundesamtes. Der Einbruch der Weltkonjunktur und die Verunsicherung von Verbrauchern und Unternehmen hätten im vergangenen Jahr die Konjunktur belastet. Es sei aber Licht am Ende des Tunnels erkennbar: Für 2004 wird ein Plus von 1,5 bis 2,0 prognostiziert. Die Hoffnungen gründen sich dabei maßgeblich auf den Export. Genau das ist aber im Zeichen des steigenden Euro-Kurses gefährlich, weil er deutsche Waren in den wichtigen überseeischen Märkten verteuert.

Tab. 4: Insolvenzen in Deutschland

■	2003	2002	Veränder. in %
Gesamt	99.800	84.330	+ 18,3
Unternehmen	39.700	37.620	+ 5,5

Deutschland verzeichnet neuen Insolvenzrekord

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland hat 2003 eine neue Rekordmarke erreicht: Insgesamt stellten im letzten Jahr 99.800 Unternehmen und Privatpersonen einen Insolvenzantrag. Im Vergleich zum Vorjahr (2002: 84.330) entspricht das einer Steigerung von 18,3 Prozent. Bei den Unternehmen mussten 39.700 Betriebe einen Insolvenzantrag stellen, das entspricht im Vergleich zum Vorjahr (2002: 37.620) einer Steigerung von 5,5 Prozent. Die Zahl der Insolvenzen von Privatpersonen liegt zum zweiten Mal in Folge über denen der Unternehmensinsolvenzen: 60.100 Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige wollten sich mit dem Insolvenzverfahren entschulden, 28,7 Prozent mehr als das Jahr davor.

Im Osten sinken die Unternehmenspleiten

Der Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen hat sich gegenüber den beiden vorangegangenen Jahren abgeschwächt. Von einer Trendwende zu sprechen, wäre allerdings verfrüht: Innerhalb der letzten zehn Jahre haben sich die Insolvenzen mehr als verdoppelt. Getragen wird der Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen von den westdeutschen Betrieben: 29.700 Unternehmen mussten in 2003 den Gang zum Insolvenzgericht antreten – 11,9 Prozent mehr als in 2002. In den neuen Bundesländern hingegen ist die Unternehmensinsolvenzentwicklung rückläufig: 10.000 Fir-

men meldeten Konkurs an, ein Rückgang um 9,7 Prozent.

Bei den Insolvenzen von Privatpersonen liegen die Steigerungsraten im Osten allerdings höher als im Westen: Um 34,7 Prozent auf 13.900 Fälle stieg die Zahl im Osten – in den alten Bundesländern beantragten 46.200 Personen eine Insolvenz – 27,0 Prozent mehr als 2002.

Die Gesamtschäden, die Unternehmen, Privatpersonen und Öffentlicher Hand durch Insolvenzen entstanden sind, summierten sich im vergangenen Jahr auf 40,5 Mrd. Euro. Im Jahr 2002 waren es noch 38,4 Mrd. Euro. Mehr als zwei Drittel der verursachten Schäden müssen private Gläubiger hinnehmen: Kreditgeber, Arbeitnehmer und Lieferanten bleiben auf 27,9 Mrd. Euro sitzen. Die Öffentliche Hand trifft es mit 12,6 Mrd. Euro.

Die Zahl der drohenden Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen betrug in 2003 613.000. Das entspricht einem Anstieg von 3,9 Prozent oder 23.000 Personen im Vergleich zu 2002.

Das Insolvenzgeschehen in 2002 war geprägt durch den Zusammenbruch zahlreicher Großunternehmen und Konzerne. Auch in 2003 hat es einige traditionsreiche Betriebe wie Grundig, Wienerwald, Kettner und nicht zuletzt die Aero Lloyd getroffen – an die Dimensionen einzelner Unternehmenszusammenbrüche des Vorjahres kann jedoch nicht herangereicht werden. Auch wenn mit dem Karosseriebauer Kögel gleich im Januar 2004 ein weiteres bekanntes deutsches Unternehmen zum Insolvenzgericht muss.

■ 4 Im Kern der Probleme: Die Finanzierung

Von den rund 20 Millionen Betrieben in Westeuropa beschäftigen lediglich 65.000 mehr als 250 Mitarbeiter. Die Unternehmenslandschaft ist also geprägt von mittelständischen Unternehmen. Viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) betrachten den Zugang zur Finanzierung als Problembereich. Banken ändern ihre

Finanzierungsstrategie, – und dies nicht nur wegen der Vorgaben nach Basel II. Die Kreditinstitute bereinigen ihre Kreditbücher und bauen Risiken ab, um ihre Ertragslage zu verbessern.

Aber nicht nur durch die Änderungen in der Struktur des Finanzsektors wird der Zugang von KMU zur Finanzierung beeinflusst, sondern auch durch Änderungen der Rahmenbedingungen im Hinblick auf Stabilität und Insolvenz wird die Unternehmenslandschaft geprägt. Die „Zahlungsverzugsrichtlinie“ der Europäischen Union trat im August 2000 in Kraft – Folge der Erkenntnis, dass ein Viertel aller Konkurse von europäischen Unternehmen durch Zahlungsverzug verursacht wurde. Die Richtlinie zielt darauf ab, Unternehmen und KMU im besonderen, vor den großen administrativen und finanziellen Belastungen, die aus exzessiven Zahlungsperioden und Zahlungsverzug resultieren, zu schützen.

Tab. 5: Zahlungsverhalten in Europa in Tagen

■	Zahlungs- ziele	Zahlungs- verzug	Gesamt
Italien	64 (66)	21 (21)	85 (87)
Frankreich	45 (46)	11 (10)	56 (56)
Belgien	40 (39)	23 (22)	63 (61)
Großbritannien	30 (31)	25 (23)	55 (54)
Österreich	27 (27)	12 (10)	39 (37)
Schweden	26 (26)	10 (8)	36 (34)
Niederlande	25 (26)	20 (20)	45 (46)
Deutschland	24 (23)	16 (17)	40 (40)
Schweiz	23 (22)	15 (14)	38 (36)

() = 2002

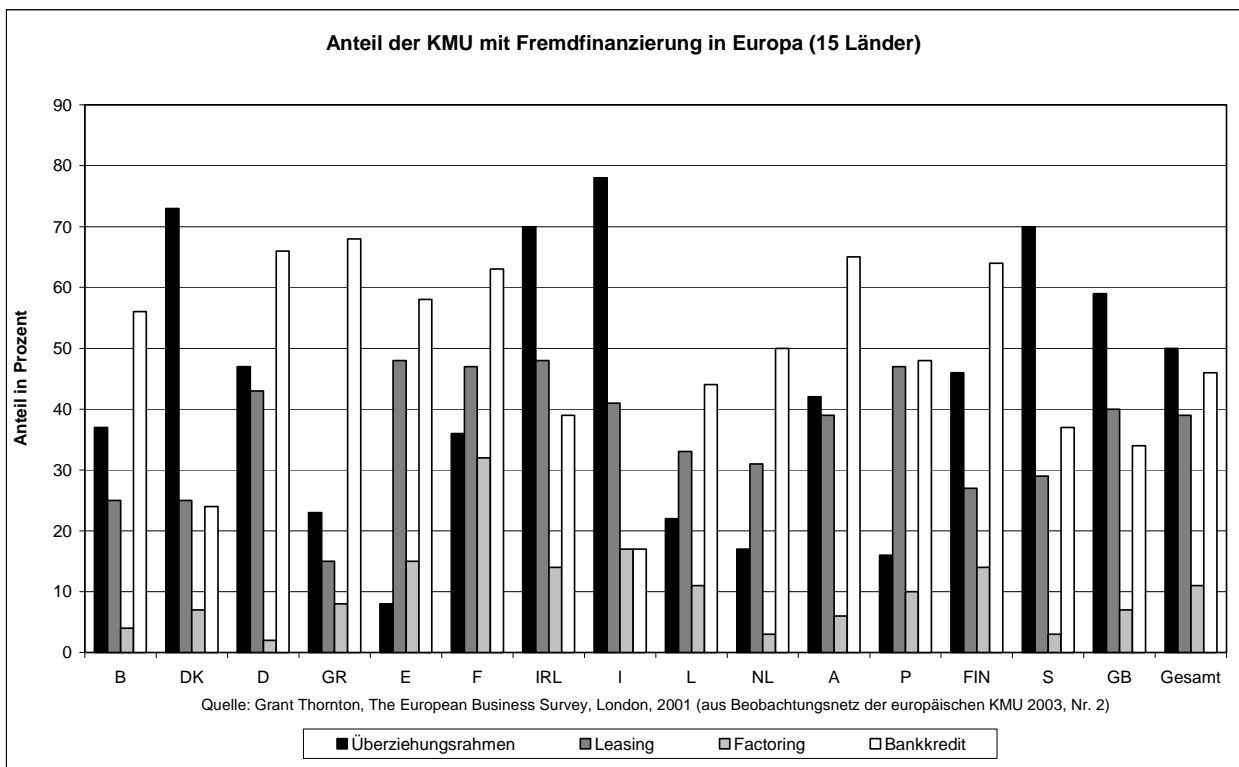
Neue Gesetze bringen keine Erleichterung

Am 30. September 2002 hatte die Europäische Kommission eine Klage wegen Nichtumsetzung der Richtlinie gegen sieben Mitgliedstaaten eingereicht. Österreich und Italien erfüllten daraufhin die Auflage. Immer noch nicht umgesetzt haben die Richtlinie die Länder Spanien, Griechenland, Portugal, die Niederlande und Luxemburg.

Doch auch in den Ländern, in denen die Zahlungsrichtlinie umgesetzt wurde, hat sich nicht viel getan: Immer noch leiden Unternehmen unter dem Zahlungsverzug. Insbesondere in Italien, Frankreich und Belgien lässt man sich mit dem Bezahlen einer Rechnung viel Zeit. In Italien sind es fast drei Monate (85 Tage), in Belgien immerhin mehr als zwei (63 Tage) und in Frankreich dauert es im Schnitt 56 Tage, bis das Geld auf dem Empfängerkonto eingeht.

KMU finanzieren sich in der Regel durch ihre Bank, und zwar durch Kredite und Überziehungen, wie eine Unternehmensbefragung von Grand Thornton ergab. 41 Prozent der europäischen KMU haben Kreditlinien bei nur einer einzigen Bank. Fast ein Drittel hat Kreditlinien bei zwei oder drei Banken und 5 Prozent haben Kreditlinien bei mehr als drei Banken.

In Anbetracht der zukünftigen Änderungen im Finanzsektor wird aus Sicht der Banken eine größere Transparenz hinsichtlich der finanziellen Situation von KMU nötig sein. Zumindest die Übermittlung der Bilanz an die kreditgebende Bank wird in wenigen Jahren ein Standardanforderung sein, um überhaupt Geldmittel zu erhalten. Eine Studie des ENSR Enterprise Survey zeigt, dass bislang nur etwa 60 Prozent aller KMU in Europa regelmäßig ihre Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Bilanz an ihre Bank übermitteln. Dabei steht die Unternehmensgröße im Zusammenhang mit der Informationsbereitschaft. Ein Drittel der Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten stellt überhaupt keine Informationen für die Bank zur Verfügung. Nach Angaben des ENSR hat sich der Wille, Informationen an die Bank zu geben in den letzten Jahren insbesondere in den Ländern Spanien und Luxemburg verbessert.



Die Verwendung von Lieferantenkrediten ist in den europäischen KMU weit verbreitet, insbesondere in Dänemark, Irland, Italien, Schweden und dem Vereinigten Königreich nehmen sie einen höheren Stellenwert ein als der Bankkredit. Sie sind jedoch eine teure Finanzierungsform für den Kreditnehmer. Der Lieferant verrechnet Finanzierungskosten und einen Risikoaufschlag. Häufig bietet der Lieferant einen Skontoabzug für eine prompte Zahlung an, der, wird er nicht wahrgenommen, einen zusätzlichen Kostenfaktor darstellt. Viele KMU in Europa sind aufgrund von Liquiditätsengpässen nicht in der Lage, ihre Lieferanten zu bezahlen, bevor sie von ihren Kunden bezahlt werden – oftmals ein Teufelskreis.

Alternative Finanzierungen für KMU: Leasing und Factoring

Leasing stellt eine alternative Finanzierungsmöglichkeit für KMU dar, die insbesondere von Unternehmen in Spanien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Portugal verwendet wird. Im Vergleich zu einer Investition, die durch einen Kredit finanziert wird, bindet Leasing kein Kapital und verbessert dadurch die Liquidität und den finanziellen Handlungsspielraum des Leasing-nutzenden Unternehmens. Auch bedarf es keiner zusätzlichen Sicherheiten: Da das Leasing-

unternehmen Eigentümer des geleasteten Objektes bleibt, sind meist keine zusätzlichen Sicherheiten nötig.

Factoring gewinnt in Europa kontinuierlich an Bedeutung. Zwischen 2000 und 2001 stieg der Factoring-Umsatz in Europa um 15 Prozent auf 474 Milliarden Euro. Der höchste Anstieg des Factoringumsatzes wurde dabei in Spanien (plus 300 Prozent) und Griechenland (plus 547 Prozent) verzeichnet. Im europäischen Durchschnitt verwenden 11 Prozent der KMU Factoring, zwischen den Ländern können aber deutliche Unterschiede ausgemacht werden: So verwenden 32 Prozent der KMU in Frankreich Factoring, aber nur 2 Prozent der deutschen und 3 Prozent der schwedischen mittelständischen Unternehmen.

■ 5 Konjunktur und Insolvenzen

Alle Hoffnungen ruhen auf dem Jahr 2004: Die Konjunktur der Eurozone soll anspringen, die Arbeitslosigkeit sinken und die Verbraucher wieder mehr konsumieren. Mögliche Achillesferse des erwarteten Aufschwungs: der starke Euro.

Voraussetzung einer durchgreifenden Binnenkonjunktur und für ein Aufleben der privaten Nachfrage ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit und das Schaffen weiterer Arbeitsplätze. Julian Callow von der Investment Bank Credit Suisse First Boston (CSFB) warnt allerdings vor zuviel Zuversicht bei der Senkung der Arbeitslosenquote: „Die Situation wird nicht besser, sie verschlechtert sich nur nicht mehr so stark“. Einem Indikator der französischen Bank Société Générale zufolge, der auf den Stellenanzeigen der jeweils wichtigsten überregionalen Zeitungen basiert, verharrt die Nachfrage in Deutschland, Frankreich und Großbritannien in der Nähe des tiefsten Standard seit 10 Jahren. Das liege nicht nur an der Konjunktur, sondern an der Globalisierung, ist Bijal Shah von der SG überzeugt: „Der Hauptgrund für die geringe Nachfrage nach Arbeitskräften in den westlichen Industrieländern ist die Tatsache, dass asiatische Volkswirtschaften zu einem immer größeren Teil die Nachfrage des Westens nach

1,7 Mio. Arbeitslose durch Insolvenz

Gütern befriedigen.“ In massivem Umfang würden industrielle Arbeitsplätze nach Asien verlagert. Eine Umfrage des DIHK bei über 7.000 Industrieunternehmen bestätigt diesen Trend: Jede vierte Firma will in den nächsten Jahren zumindest Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern, um den Standortnachteilen in Deutschland zu entgehen. Sollte sich diese Entwicklung weiter verschärfen, könnte sich der erhoffte Aufschwung ohne Belegung des Arbeitsmarktes vollziehen. In Amerika gibt es für dieses Phänomen schon einen Begriff: „jobless recovery“.

In 2003 lag die Arbeitslosenquote der EU bei 8,4 Prozent. 1,7 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, weil der Arbeitgeber Insolvenz anmeldete. Das ist gegenüber dem Vorjahr 2002 ein Anstieg um 100.000 Beschäftigte. Auch hier hat sich der Anstieg der betroffenen Arbeitnehmer abgeschwächt. Im Verhältnis 2001 zu 2002 lag er noch bei 200.000 Betroffenen.

Tab. 6: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa

■	Arbeitsplatzverluste (in Millionen)
1997	1,8
1998	1,6
1999	1,4
2000	1,1
2001	1,4
2002	1,6
2003	1,7

Die Industrie von großen Ländern der Euro-Zone – Deutschland, Frankreich und Italien – kam im vierten Quartal 2003 wieder in Schwung. Fertigung und Auftragseingänge nahmen zu. Parallel dazu nahm der Insolvenzanteil des Verarbeitenden Gewerbes binnen Jahresfrist um 1,2 Prozentpunkte ab und sank auf 11,2 Prozent.

Tab. 7: Anteil der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche in Europa 2003 (Durchschnitt)

■	Insolvenzanteil
Verarbeitendes Gewerbe	11,2 (12,4)
Bau	20,6 (21,4)
Handel	25,3 (25,6)
Dienstleistungen	42,9 (40,6)

Angaben in Prozent, () = 2002

Während der Handel und auch die Baubranche ihren Insolvenzanteil leicht um 0,3 beziehungsweise 0,8 Prozentpunkte verringern konnten, hat der Dienstleistungssektor in Europa eine Zunahme der Insolvenzen von immerhin 2,3 Prozentpunkten zu verkräften. Der Wert stieg binnen Jahresfrist von 40,6 auf 42,9 Prozent an.

Der Stellenabbau im Dienstleistungsbereich in der Eurozone wurde erstmals im November 2003 gestoppt. Davor wurden seit Sommer 2002 durchgängig mehr Arbeitskräfte entlassen als eingestellt, wie der Reuters Einkaufsmanager-Index für die Dienstleistungsbranche zeigt. Die Dienstleistungsbranche ist stark von der Binnennachfrage abhängig, die, gerade in Deutschland lahm.

Dienstleister verzeichnen den größten Zuwachs

Tab. 8: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2003

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *	Dienstleistung
Belgien	8,3 (9,9)	13,9 (18,5)	32,3 (41,4)	45,4 (30,2)
Dänemark	10,7 (9,2)	12,6 (10,8)	42,5 (19,4)	34,2 (60,5)
Deutschland	9,1 (10,5)	20,7 (23,1)	23,7 (23,2)	46,4 (43,2)
Frankreich	11,3 (12,7)	23,3 (21,7)	26,4 (26,3)	39,0 (39,3)
Großbritannien	18,7 (30,0)	21,9 (23,6)	19,1 (19,6)	40,3 (26,8)
Niederlande	13,9 (13,6)	15,5 (14,3)	22,4 (26,9)	48,2 (45,3)
Norwegen	10,9 (11,2)	10,9 (10,4)	32,1 (35,5)	46,0 (43,0)

*) inklusive Gastgewerbe, Angaben in Prozent, () = 2002

Nicht für alle Länder liegen differenzierte Angaben zu den Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen vor, insgesamt zeigen die Länder aber große Unterschiede: In Norwegen liegt der Anteil des Baugewerbes bei gerade einmal 10,9 Prozent – in Frankreich, Deutsch-

land und Großbritannien bei über 20 Prozent. In Dänemark kommen 42,5 Prozent aller Insolvenzen aus dem Handel; in Großbritannien sind es dagegen nur 19,1 Prozent. Dafür hat Dänemark das niedrigste Insolvenzaufkommen im Dienstleistungsbereich: Lediglich 34,2 Prozent aller Insolvenzen stellt diese Branche – in den Niederlanden sind es fast die Hälfte der Unternehmensinsolvenzen (48,2 Prozent), die aus dem Dienstleistungssektor kommen.

■ 6 Länderberichte

6.1 Großbritannien

Großbritannien (England, Wales und Schottland) zeichnet die Insolvenzentwicklung der Vereinigten Staaten nach: Während sich die Unternehmensinsolvenzen rückläufig entwickeln, nehmen die Anträge von Privatpersonen zu. Bei den Gesamtinsolvenzen verzeichnet Großbritannien zum fünften Mal in Folge einen Anstieg. Um 5,3 auf 53.640 stieg die Zahl der Gesamtinsolvenzen im Jahresverlauf an. Anders die Unternehmensinsolvenzen: Ein Rückgang um 8,3 Prozent auf 15.667 Unternehmenspleiten ist hier zu verzeichnen.

Tab. 9: Insolvenzen in Großbritannien

■	2003	2002	Veränder. in %
Gesamt	53.640	50.895	+ 5,4
Unternehmen	15.667	17.094	- 8,3

Großbritanniens Wirtschaft stabilisiert sich

Die Entwicklung der britischen Wirtschaft hat gerade im letzten Quartal des vergangenen Jahres an Fahrt gewonnen: Nachdem die Exportbilanz im ersten Halbjahr 2003 die schlechteste der G7-Nationen war, hatte die Bank of England im November die Leitzinsen zum ersten Mal nach fast vier Jahren um 0,25 Basispunkte erhöht. Auch verfügt Großbritannien über die konsumfreudigsten Verbraucher. Die Arbeitslosenquote sank im zweiten Quartal auf 5,0 Prozent, obwohl in der Industrie von bestehenden 4 Millionen Arbeitsplätzen 200 000 abgebaut wurden. Dem steht allerdings ein Stellenaufbau im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Sektor gegenüber. Einer Studie des Meinungs-

forschungsinstituts Mori zufolge verliert die Insel dennoch an Attraktivität: 60 Prozent der befragten Führungskräfte erwarten, dass sich die Situation für die britische Industrie in den kommenden fünf Jahren verschlechtern wird. Grund dafür seien die hohen Steuerabgaben, die schon fast deutsches Niveau hätten. Außerdem würden nicht nur Billigjobs verlagert, sondern zunehmend auch hochqualifizierte Arbeit – der Kosten wegen. Ob die Stabilisierung der britischen Unternehmen erhalten bleibt, ist also fraglich.

6.2 Italien

Die Insolvenzen in Italien steigen weiter an: Um 3,2 Prozent auf 16.000 Betriebe im Laufe des vergangenen Jahres. Damit verstärkte sich der Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren deutlich; die Steigerungsraten der letzten Jahre lagen zwischen 1,3 und 2,0 Prozent.

Tab. 10: Unternehmensinsolvenzen in Italien

■	2003	2002	Veränder. in %
	16.000	15.500	+ 3,2

Italien sorgte für den größten Bilanzskandal des vergangenen Jahres, als sich im Dezember herausstellte, dass ein Konto des Lebensmittelkonzerns Parmalat auf den Cayman – Inseln, auf dem 3,95 Milliarden Euro liegen sollten, noch nicht einmal existierte. Dem festgenommenen Gründer Calisto Tanzi wird vorgeworfen, etwa 10 Milliarden Euro aus seinem Unternehmen entwendet und die Konten seines Konzerns seit 1988 gefälscht zu haben. Die mit der Sache befassten Staatsanwälte machen sich inzwischen an die Arbeit, die Verantwortung der internationalen Banken, Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfer an dem betrügerischen Bankrott zu klären. Ein italienisches Konkursgericht erklärte Parmalat für insolvent und verschaffte dem Unternehmen so eine Atempause. Der Insolvenzstatus erlaubt dem Lebensmittelkonzern, aktuelle Rechnungen zu begleichen, statt nur noch die in den vergangenen Jahren aufgehäuften Schulden abzubezahlen.

Italien und Parmalat

Die italienische Regierung sagte unterdessen tausenden Bauern Hilfe zu. Sie können günstige Kredite bekommen, um ihre Ausfälle auszugleichen, die ihnen durch nicht bezahlte Rechnungen entstanden sind.

Dabei ist die italienische Wirtschaft ohnehin schwach, und die Preise in Italien enorm angestiegen. Von Januar bis Juli 2003 musste eine italienische Durchschnittsfamilie für Lebensmittel 274 Euro mehr ausgeben als noch vor einem Jahr. Das Mailänder Wirtschaftsforschungsinstitut geht von einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2,7 Prozent in 2003 aus. Hinzu kommt die „gefühlte“ Preissteigerung, ähnlich wie in Deutschland: Nach Angaben des Forschungsinstitutes Isae befürchten die Italiener eine weitere Verschlechterung der Lage – und dieses Ergebnis rührt vom September des vergangenen Jahres – also noch vor dem Parmalat-Skandal.

6.3 Spanien

Die Insolvenzen in Spanien liegen traditionell auf einem niedrigen Niveau, was aber nichts über die Wirtschaftskraft des Landes, sondern nur über die rechtlichen Voraussetzungen der Liquidation aussagt. Nachdem im Jahr 2001 der absolute Tiefstand mit 335 Insolvenzen erreicht war, stiegen die Konkurse wieder an. In 2003 wird nun ein erneuter Rückgang der Insolvenzen vermerkt – um 13,4 Prozent auf 545 Unternehmen, was mit der florierenden Wirtschaft in Spanien korrespondiert.

Tab. 11: Unternehmensinsolvenzen in Spanien

■	2003	2002	Veränder. in %
	545	629	- 13,4

Spaniens Wirtschaft boomt. Für 2004 erwartet die spanische Regierung ein 3,0 Prozent Wachstum und die Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen. Der Anstieg des spanischen BIP ist einerseits auf die starke Binnennachfrage und andererseits auf die florierende Baubranche zurückzuführen. Die Regierung tätigt hohe Ausgaben für die Infrastruktur des Landes. Allein

für den Ausbau des Eisenbahnnetzes, für den Straßenbau und Flughäfen sollen in dem Zeitraum von 2000 bis 2007 rund 114 Milliarden Euro ausgegeben werden. Dieses Programm wird teilweise von Brüssel mitfinanziert. Außerdem profitieren die spanischen Bauunternehmen von der anhaltend hohen Wohnungsnachfrage. Die Wohnungspreise stiegen in den vergangenen zwölf Monaten um 17 Prozent. Die niedrigen Zinsen ermuntern viele Spanier derzeit zum Kauf von Eigentum. Damit neue Kunden von den hohen Immobilienpreisen nicht abgeschreckt werden, bieten Spaniens Banken Hypothekenkredite mit langen Laufzeiten von bis zu 30 Jahren an. So ist der Anschaffungspreis zwar hoch, die monatlichen Zahlungen aber niedrig. Obwohl die spanische Notenbank zur Zurückhaltung bei der Kreditvergabe mahnt, sehen die Banken die Steigerungen bei der Hypothekenvergabe von 20 Prozent mit Freude.

Schwachstelle der spanischen Wirtschaft sind die Bereiche Forschung und Entwicklung. Hier zählt Spanien zu den Schlusslichtern der EU. Auch in Punkto Arbeitslosenquote liegt die iberische Halbinsel deutlich über dem Euroland-Durchschnitt (11,3 Prozent im Verhältnis zu 8,4 Prozent), wenn auch Reformbemühungen in erheblichem Maße zur Schaffung neuer Stellen beigetragen haben.

6.4 Frankreich

In Frankreich gab es in 2003 40.472 Pleiten – ein Anstieg von 6,5 Prozent. Damit liegt Frankreich über den Steigerungsraten in Deutschland und auch in der absoluten Zahl der Unternehmenszusammenbrüche über den deutschen Werten.

Doch die Wirtschaftswerte für das kommende Jahr zeigen nach oben: Frankreichs Wirtschaft gibt sich seit Beginn des dritten Quartals 2003 optimistisch. Nach Angaben des Statistikamtes Insee lag der Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe im November 2003 bei 100 Punkten, im Oktober lag er noch bei 95 Punkten. Damit sei 2004 ein Anstieg des BIP von bis zu zwei Prozent möglich – der Aufschwung der

Weltwirtschaft bringe die Exporte, die Investitionen und den Arbeitsmarkt in Schwung, so Insee.

Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen in Frankreich

■	2003	2002	Veränder. in %
	40.472	37.987	+ 6,5

Frankreich erlitt im Jahr 2003 die größte Beinahe-Pleite Europas: Beim Industriekonzern Alstom – Hersteller von Turbinen und Hochgeschwindigkeitszügen – hatte im Juli angesichts eines Schuldenberges von fünf Milliarden Euro und Eigenmitteln von unter einer Milliarde Euro die Alarmglocke geläutet. Im September war der Konzern durch einen spektakulären Rettungsplan vor der Pleite bewahrt worden. In einem wochenlangen Ringen mit der Europäischen Kommission hatten Banken, Regierung und Unternehmen ein Konzept vorgelegt, das mit Geldspritzen und Garantien ein Volumen von 8,2 Milliarden Euro hatte. Davon werden etwa 1,9 Milliarden Euro vom Staat getragen. Die EU prüft derzeit, ob eine verbotene Subvention vorliegt.

Mittlerweile hat sich die Auftragslage des 85.000 Mitarbeiter beschäftigenden Unternehmens verbessert, womit die finanziellen Probleme aber noch nicht gelöst seien, warnen Analysten. Alstom hat in Frankreich etwa denselben Stellenwert wie Siemens in Deutschland und war am Bau des TGV und des Luxuskreuzfahrtschiffes „Queen Mary 2“ beteiligt.

■ 7 EU-Osterweiterung: Beitrittskandidaten

In wenigen Monaten ist es soweit, der EU-Beitritt der zehn mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer steht vor der Tür: Am 1. Mai 2004 sollen Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern der EU beitreten. Bulgarien und Rumänien sollen 2007 folgen, der Beitrittszeitpunkt der Türkei ist noch offen.

Das Volumen des für die zehn Beitrittsländer beschlossenen Finanzpakets liegt bei 40,85 Mrd. Euro. Etwa die Hälfte der bereitgestellten Mittel soll Polen

zukommen, alle zehn Mitgliedstaaten werden nach dem Beitritt Nettoempfänger sein.

Die wirtschaftliche Lage stellt sich in den Beitrittsländern relativ gut dar. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Beitrittsländer lag 2002 über dem der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für 2003 wird in den Beitrittsländern ein BIP-Anstieg von 3,4 Prozent prognostiziert. Getragen wurde das Wachstum hauptsächlich durch eine starke Inlandsnachfrage, die durch öffentliche Investitionen und Lohnerhöhungen entstanden ist.

Der Nachteil: Die expansive Fiskalpolitik hat die Budgetsituation in vielen Beitrittsländern verschlechtert, der Abbau des Defizits wird sich vermutlich dämpfend auf die weitere Nachfrage auswirken. Des Weiteren haben die künftigen EU-Mitgliedsstaaten mit hohen Arbeitslosenquoten, steigenden Leistungsbilanzdefiziten und stagnierenden Direktinvestitionen zu kämpfen.

Zwar werden alle zehn Länder von der EU als funktionsfähige Marktwirtschaft bezeichnet, doch müssen die Reformbemühungen noch weiter vorangetrieben werden. Insbesondere die institutionellen Rahmenbedingungen in einigen Ländern lassen noch zu Wünschen übrig. Marktein- und -austritte sind in den Beitrittsländern zwar rechtlich geregelt, doch in einigen Ländern, wie etwa in Tschechien oder Slowenien, hapert es noch an der praktischen Umsetzung, insbesondere was den Marktaustritt betrifft.

In den meisten Fällen existiert noch kein funktionierendes Insolvenzrecht mit entsprechenden rechtsstaatlichen Behörden. Verstöße gegen insolvenzrechtliche Änderungen werden deshalb selten geahndet. Dementsprechend existieren in den mittel- und osteuropäischen Ländern zahlreiche insolvente Unternehmen, die noch am Markt tätig sind und jeden Tag Forderungsausfälle mit sich bringen können.

**Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Osteuropa 2003
im Vergleich zum Vorjahr *)**

■	2003	2002	Veränderung in Prozent
Polen	1.076	1.238	- 13,1
Slowakei	5.554	6.263	- 11,3
Slowenien	1.555	1.408	+ 10,4
Tschechien	4.000	4.002	- 0,05
Ungarn	7.718	6.240	+ 23,7
Lettland	986	902	+ 9,3
Litauen	589	798	- 26,2
Gesamt	21.478	20.851	+ 3,0

*) für Estland liegen leider keine Zahlenangaben vor

Nun ein Blick auf die osteuropäischen Beitrittsländer: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in Osteuropa im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 Prozent auf 21.478 Fälle gestiegen. Im Jahr zuvor waren es noch 20.851. Wie einleitend erwähnt, dürfte es sich bei diesen Zahlen jedoch nur um die Spitze des Eisberges handeln, da – aufgrund eines unzureichend funktionierenden Insolvenzrechts - viele Unternehmen, die nach westlichen Standards bereits insolvent wären, immer noch am Markt existieren.

Dieses Problem ist nicht in allen Ländern gleich stark ausgeprägt: Nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums ist der unzulänglich geregelte Marktaustritt insbesondere in Tschechien und Slowenien vorhanden. Auch in der Slowakei, Lettland und Litauen werden trotz einiger Fortschritte immer noch Mängel beim Marktein- und austritt festgestellt. Ungarn, Estland und Polen werden in dieser Hinsicht noch als führend angesehen.

So weicht auch die relative Insolvenzbetroffenheit der einzelnen Beitrittskandidaten stark voneinander ab: In Slowenien melden in 2003 243 von 10.000 existierenden Unternehmen Insolvenz an – in Polen hingegen nur drei.

Tab. 14: Insolvenzquoten in den einzelnen osteuropäischen Ländern *)

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Polen	3
Tschechien	17
Litauen	46
Ungarn	90
Slowakei	104
Lettland	232
Slowenien	243
Gesamt	29

*) für Estland liegen leider keine Zahlenangaben vor

7.1 Polen

In Polen gewinnt das Wirtschaftswachstum nach zwei Stagnationsjahren wieder an Dynamik. 2002 wuchs das reale BIP um 1,4 Prozent. Größte Wachstumsmotoren waren der Verbrauch und die Nettoexporte. Im zweiten Quartal 2003 nahm das BIP sogar um 3,8 Prozent zu. Schätzungen gehen für 2003 von einem Wachstum von drei Prozent aus, das im wesentlichen – aufgrund des schwachen Zloty – exportgetragen ist. Die Inflation ging 2002 zurück und liegt seit Anfang 2003 mit etwa 0,7 Prozent auf einem niedrigen Niveau.

Trotz der guten Daten ziehen sich ausländische Investoren immer mehr zurück. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen ist seit 2001 rückläufig. Das Land hat immer noch mit einer hohen Arbeitslosigkeit und einem zunehmenden Schuldenstand zu kämpfen. Ebenso geriet der Reformkurs ins Stocken: Die Privatisierungen gehen zurück und Strukturreformen werden nur zögerlich vorgenommen. Hinzu kommt eine Krise im Bankensektor, der unter der Konjunkturflaute und einer Zunahme notleidender Kredite leidet, und zu einer restriktiven Kreditvergabe geführt hat.

Die Zahl der Insolvenzen hat sich innerhalb eines Jahres um 13,1 Prozent auf 1.238 Fälle reduziert. Verglichen mit den anderen Beitrittsländern befindet sich die absolute Insolvenzzahl auf relativ niedrigem Niveau. Zum Teil kann dies auf die schwierige Durchführung

Insolvenzen steigen

von Insolvenzverfahren zurückgeführt werden. So sind die geltenden Insolvenz- und Liquidationsvorschriften mit hohen Kosten verbunden und werden bei den Gerichten aufgrund knapper Ressourcen nur unzureichend umgesetzt.

Tab. 15: Unternehmensinsolvenzen in Polen

■	2003	2002	Veränder. in %
	1.076	1.238	- 13,1

7.2 Slowakei

Die Slowakei wird von Wirtschaftsexperten für Ihre strukturellen Reformen gelobt. Neben der Reformierung der Sozialsysteme hat die Regierung Anfang 2004 eine weitreichende Steuerreform beschlossen und ein Flat-Tax-System eingeführt. Demnach beträgt der Steuersatz für Einkommen-, Körperschaft- und Mehrwertsteuer einheitlich 19 Prozent. Positive Impulse erhofft sich das Land auch durch eine Neufassung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung.

Die Wirtschaftsentwicklung verläuft stabil. In der ersten Jahreshälfte 2003 betrug das reale BIP-Wachstum 3,9 Prozent (2002: 4,4 Prozent). Das Wachstum der vergangenen Jahre basierte vor allem auf einer sich belebenden Inlandsnachfrage und dem Zufluss ausländischer Direktinvestitionen (2002: 17 Prozent des BIP). 2003 schwächte sich der Investitionsboom allerdings etwas ab. Auch die Arbeitslosigkeit befindet sich immer noch auf einem recht hohen Niveau und schwächte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 nur leicht von 18,6 Prozent in 2002 auf 17,7 Prozent ab.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat in der Slowakei von 6.263 Fällen im vergangenen Jahr auf aktuell 5.554 Fälle um 11,3 Prozent abgenommen. Die neue Insolvenzrechtsregelung, nach der der Schuldner verpflichtet ist, spätestens nach einer 60 Tage andauernden Überschuldung selbst Antrag auf Konkurs oder Ausgleich zu stellen, hat noch keine Wirkung gezeigt.

Job für Flat-Tax

Und das, obwohl der Betroffene bei Zuwiderhandlung mit strafrechtlichen Sanktionen rechnen muss.

Tab. 16: Unternehmensinsolvenzen in der Slowakei

■	2003	2002	Veränder. in %
	5.554	6.263	- 11,3

7.3 Slowenien

Slowenien ist das wirtschaftlich und politisch stabilste Land unter den Beitrittskandidaten. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen hat Slowenien bereits einen hohen Entwicklungsstand erreicht. Mit einem BIP je Einwohner von fast 14.000 USD liegt es weit über den anderen Beitrittsländern. Sloweniens wichtigste Wirtschaftspartner sind Deutschland, Frankreich und Italien. Angesichts der konjunkturellen Schwäche in diesen Ländern wird das reale Wachstum in 2003 in der Slowakei auf 2,4 Prozent geschätzt. (2002: 3,2 Prozent). Für 2004 rechnen die Konjunkturforscher angesichts der wirtschaftlichen Erholung allerdings mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent.

Stabiles Wachstum

Im Gegensatz zur Slowakei sind die Reformbemühungen in Slowenien weniger radikal und noch stark verbesserungswürdig. Insbesondere im Bereich Privatisierung und im Abbau monopolistischer Wirtschaftsstrukturen besteht, nach Ansicht des Monitoring-Berichts der EU-Kommission, noch erheblicher Handlungsbedarf.

In Slowenien sind die Unternehmensinsolvenzen von 1.408 im vergangenen Jahr auf aktuell 1.555 um 10,4 Prozent gestiegen. Das slowenische Insolvenzrecht orientiert sich an der deutschen bzw. österreichischen Konkursordnung. In der Praxis ist die Durchsetzbarkeit der Eintreibung von Außenständen aufgrund der extrem langen Verfahrensdauer stark beeinträchtigt. Bis heute kommt es bei Unternehmen noch verstärkt zu Zahlungsproblemen.

Tab. 17: Unternehmensinsolvenzen in Slowenien

■	2003	2002	Veränder. in %
	1.555	1.408	+ 10,4

7.4 Tschechien

In Tschechien hält sich das Wirtschaftswachstum relativ stabil. Im zweiten Quartal lag das Wirtschaftswachstum bei 2,1 Prozent und für das Gesamtjahr ist mit einem BIP-Wachstum von 2,5 Prozent zu rechnen. 2002 wurde das Wachstum hauptsächlich vom öffentlichen und privaten Verbrauch getragen. Reallohnerhöhungen ließ die Nachfrage privater Haushalte in 2002 um 4 Prozent ansteigen. Exporte trugen aufgrund der starken Krone nur in einem geringen Maße zum Wachstum bei.

Die Lage der öffentlichen Finanzen sieht weniger gut aus. Betrug das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit 2002 noch 3,9 Prozent des BIP dürfte es sich 2003 schätzungsweise auf 3,9 Prozent erhöht haben.

Privatisierungen gehen in Tschechien nur zögerlich voran, wenngleich die Regierung das Handelsgesetzbuch geändert hat und an einem neuen Konkursrecht arbeitet. Spezielle Schulungen für Richter und Konkursverwalter sollen dafür sorgen, dass die Abwicklung und Umstrukturierung notleidender Unternehmen schneller voran geht.

Tab. 18: Unternehmensinsolvenzen in Tschechien

■	2003	2002	Veränder. in %
	4.000	4.002	- 0,05

Die Unternehmensinsolvenzen in Tschechien sind um 0,05 Prozent auf 4.000 Fälle gesunken. Die Gründe für die Stagnation könnten in der guten wirtschaftlichen Entwicklung liegen. Aufgrund des bisher in der Praxis wenig gut funktionierenden Insolvenzrechts, könnte aber auch die wahre Anzahl an Insolvenzen noch im Verborgenen liegen.

**Wachstum durch hohe
Nachfragen**

7.5 Ungarn

Die wirtschaftliche Lage in Ungarn hat sich 2003 etwas verschlechtert. Lag das BIP-Wachstum 2002 noch bei 3,3 Prozent, fiel die Rate in der ersten Jahreshälfte von 2003 auf 2,6 Prozent. Getragen wurde das Wachstum des exportorientierten Landes durch einen mit öffentlichen Geldern subventionierten Anstieg der privaten Nachfrage. 2002 nahm der private Verbrauch um 9 Prozent zu. Der Preis: Eine Ausweitung des Haushaltsdefizits auf 9,1 Prozent. Die ausländischen Direktinvestitionen verringerten sich 2002 auf 13,8 Prozent des BIP. In der ersten Jahreshälfte 2003 verstärkte sich dieser Negativtrend noch.

Weniger Direktinvestitionen

Durch die Zinssenkungen der Nationalbank, eine Reduzierung des öffentlichen Defizits und eine zurückhaltende Lohnpolitik wurden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für 2003 etwas verbessert.

Entsprechend der schwächeren Wirtschaftsentwicklung hat sich die Zahl der Insolvenzen in Ungarn von 6.240 in 2002 auf 7.718 im vergangenen Jahr um 23,7 Prozent erhöht.

Tab. 19: Unternehmensinsolvenzen in Ungarn

■	2003	2002	Veränder. in %
	7.718	6.240	+ 23,7

7.6 Baltikum: Estland, Lettland und Litauen

Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind gekennzeichnet durch ein starkes Wirtschaftswachstum, weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalten sowie hohe Leistungsbilanzdefizite. Trotz unruhiger innenpolitischer Verhältnisse kam es in allen drei Ländern in den vergangenen Jahren zu wesentlichen Strukturreformen.

In **Estland** betrug das Wirtschaftswachstum 2003 schätzungsweise 4,5 Prozent und fiel damit verglichen mit den restlichen baltischen Staaten am niedrigsten aus. Trotzdem hat Estland unter den baltischen Staa-

ten nach Einschätzung der Deutschen Bank gute Chancen der Europäischen Währungsunion relativ früh beizutreten. So fällt das estnische Leistungsbilanzdefizit mit rund 14 Prozent des BIP sehr hoch aus, was auf umfangreiche Importe von Maschinen und Ausrüstungen zurückzuführen ist, die sich letztendlich in Produktivitätszuwächsen niederschlagen werden.

Die höchsten Wirtschaftswachstumsraten aller Beitrittsländer weisen **Lettland** (6 Prozent) und **Litauen** (8 Prozent) aus. Die Leistungsbilanzdefizite sind zwar niedriger, dafür ist aber auch der Anteil an Maschinenimporten gering. In beiden Ländern wirken sich innenpolitische Spannungen negativ auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen aus. Insbesondere in Litauen ist das politische Bild von Korruptionsskandalen und politischen Rivalitäten geprägt, was auf Investoren eher abschreckend wirkt.

Baltikum: Höchste Wachstumsraten

Positiv zu bemerken ist, dass die litauische Regierung den Reformkurs weiter verfolgt. So schreitet die Privatisierung der Staatsunternehmen voran. Ebenso wurde der rechtliche Rahmen in Bezug auf Konkurs und Unternehmensstrukturierung verbessert: Rechtsvorschriften sollen den Marktzugang und Austritt erleichtern. 2003 sind die Unternehmensinsolvenzen in **Litauen** um 26,2 Prozent auf 589 gesunken, in **Lettland** um 9,3 Prozent auf 986 gestiegen (2002: 902).

Tab. 20: Unternehmensinsolvenzen im Baltikum *)

■	2003	2002	Veränder. in %
Lettland	986	902	+ 9,3
Litauen	589	798	- 26,2

*) für Estland liegen leider keine Zahlenangaben vor

■ **8 Insolvenzen in Japan und den USA**

8.1 Japan

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt erholt sich nach jahrzehntelanger Stagnation. Die japanische Wirtschaft ist aufgrund höherer Unternehmensinvestitionen und Exporte zwischen April und Juni unerwartet deutlich gewachsen. Die Unternehmen investierten in

dieser Zeit 4,7 Prozent mehr als im Vorquartal, Schätzungen gingen von 1,3 Prozent aus. Die lange Zeit der Einsparungen und Restrukturierungen zahlt sich somit aus. Die großen Firmen machen statt Verlusten so viel Gewinn wie lange nicht mehr und investieren einen Teil davon wieder. Die Nachfrage aus dem Ausland – insbesondere Asien – beflügelt die Investitionen zusätzlich. Selbst die lange zurückhaltend agierenden Verbraucher geben tendenziell wieder mehr Geld aus. Für eine Ökonomie, die gezeichnet von drei Rezessionen und tiefgreifenden Strukturkrisen auf durchschnittlich kaum mehr als ein Prozent Wachstum kam, sind die aktuellen Ergebnisse beachtlich.

Japan: Konkurse gehen zurück

Tab. 21: Unternehmensinsolvenzen in Japan

■	2003	2002	Veränder. in %
	16.855	19.458	- 13,4

Auch die Insolvenzzahlen in Japan gingen – nach einem Anstieg von 4,7 Prozent in 2002 – in 2003 zurück: Meldeten 2002 noch 19.458 Unternehmen Konkurs an, lag die Zahl für das vergangene Jahr bei 16.855, was einem Rückgang von 13,4 Prozent entspricht.

Ob sich bei diesen positiven aktuellen Werten Japans Wirtschaft dauerhaft erholt, müssen jedoch die nächsten Quartale zeigen. Immer noch dämpft eine hohe Zahl notleidender Kredite die weitere Kreditvergabe der Banken, und der anhaltende Preisverfall erhöht die reale Schuldenlast von Unternehmen und schränkt den Spielraum der Geldpolitik ein.

8.2 USA

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den USA ist seit dem Jahr 2001 rückläufig und liegt mittlerweile unter dem Wert in Deutschland: 35.454 Unternehmen meldeten im Jahr 2003 Konkurs an – ein Rückgang um 8,0 Prozent binnen Jahresfrist.

Tab. 22: Insolvenzen in den USA

■	2003	2002	Veränder. in %
Gesamt	1.688.285	1.577.651	+ 7,0
Unternehmen	35.454	38.540	- 8,0

Unternehmenspleiten in den USA liegen unter denen in Deutschland

9.805 Unternehmen durchliefen das Reorganisationsverfahren nach „chapter 11“, dessen Ziel es ist, angeschlagenen Unternehmen eine Regenerierungsphase zu gewähren, um so einen „wirtschaftlich überlebendfähigen Zustand“ für das Unternehmen zu erzielen. In diesem Zusammenhang spricht man auch vom „going concern value“ Prinzip, da das Unternehmen unter dem Schutz von chapter 11 wiederaufgebaut und weitergeführt wird. Wird das Reorganisationsverfahren erfolgreich durchgeführt, so kann das Unternehmen die Zahlungen an die Gläubiger aus den künftigen Einnahmen leisten. Anderenfalls kann eine erneute Antragstellung nach chapter 11 erfolgen, oder das Unternehmen wird liquidiert. Immerhin blieb auch die amerikanische Volkswirtschaft von den Großinsolvenzen der Vorjahre verschont.

Tab. 23: Die 10 größten Insolvenzen in den USA seit 1980

■	Branche	Datum der Insolvenz
Worldcom, Inc.	Telekommunikation / IT	21.07.02
Enron Corp.	Energieanlagen / -transport	02.12.01
Conseco, Inc.	Versicherung	18.12.02
Texaco, Inc.	Raffinerie / Petrochemie	12.04.87
Financial Corp. of America	Finanzdienstleistungen	09.09.88
Global Crossing Ltd.	Telekommunikation	28.01.02
United Airlines Corp.	Luftfahrtgesellschaft	09.12.02
Adelphia Communications	Telekommunikation	25.06.02
Pacific Gas and Electric Co.	Energieversorgung	06.04.01
Mcorp	Bank- / Finanzdienstleistungen	31.03.89

Auch die US-Wirtschaft zeigt sich optimistisch und wuchs im dritten Quartal des Jahres 2003 so stark wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Getragen wurde das Wachstum stark von den Verbrauchern, die noch mehr

für ihre Käufe ausgaben als erwartet. Dazu trugen unter anderem die Steuersenkungen bei und niedrige Zinsen. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 6,9 Prozent. Die Kehrseite der Medaille: Parallel zum Anstieg der Konsumausgaben stieg auch die Zahl der überschuldeten Verbraucher, die sich mit Hilfe der Möglichkeiten des amerikanischen Insolvenzrechtes entschuldeten an: Mehr als 1,6 Millionen Privatpersonen nutzten in 2003 die Chance, einen „fresh start“ ohne Schuldenlast zu beginnen, ein Anstieg um 7,4 Prozent.

■ 9 Zusammenfassung

Die Konjunktursignale in Europa zeigen grün, seit dem Sommer geht es generell bergauf – alle Hoffnungen liegen auf dem Jahr 2004. Bei den Insolvenzen hingegen schreiben sich die negativen Entwicklungen fort – zwar nicht so markant wie in den letzten Jahren – dennoch sind wir von einer Trendwende im Insolvenzbereich weit entfernt:

In 2003 meldeten 157.138 Unternehmen in Westeuropa Insolvenz an. Das sind knapp 6.000 Firmen oder 3,9 Prozent mehr als noch in 2002. Damit hat sich die Zunahme der Insolvenzen verlangsamt: Waren in 2002 noch 10,7 Prozent mehr Insolvenzen als 2001 zu verzeichnen, ging die Steigerungsrate um 6,8 Prozentpunkte zurück. Die Steigerungsrate Deutschlands liegt über der des EU-Durchschnitts: In Deutschland mussten in 2003 39.700 Unternehmen den Gang zum Insolvenzgericht antreten; das waren 5,5 Prozent mehr als 2002.

Die Arbeitslosenquote der EU lag in 2003 bei 8,4 Prozent. 1,7 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, weil der Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste. Das entspricht im Jahresverlauf einem Zuwachs um 100.000 betroffene Arbeitnehmer oder einem Anstieg von 6,3 Prozent.

Den größten Zuwachs an Unternehmensinsolvenzen meldet Portugal: Um 42,4 Prozent auf insgesamt 2.980 betroffene Firmen stieg die Zahl binnen Jahresfrist.

Platz zwei des „Negativ-Ranking“ belegt Norwegen. Um 18,3 Prozent auf 3.080 Insolvenzen stiegen hier die Unternehmenspleiten. Norwegens Wirtschaft erholte sich nach langer Rezession erst zum dritten Quartal 2003. Auch die Schweiz verzeichnete einen Insolvenzanstieg im zweistelligen Bereich: 13,4 Prozent mehr Konkurse als noch in 2002 und insgesamt 4.539 Unternehmensheimgänge hatte das Land zu verkräften.

Am anderen Ende der Skala steht Irland: Die grüne Insel konnte ihre Unternehmensinsolvenzen um 16,6 auf 316 Fälle reduzieren. Auch Spanien und Großbritannien weisen einen deutlichen Rückgang der Unternehmenskonkurse auf: In Großbritannien reduzierte sich die Zahl der Unternehmenskonkurse um 8,3 Prozent auf 15.667 Fälle (Vorjahr: 17.094 Unternehmensinsolvenzen). In Spanien traten 84 Unternehmen weniger den Gang zum Insolvenzgericht an als noch in 2002, was in Anbetracht der geringen absoluten Insolvenzzahl in Spanien (2003: 545 Unternehmenskonkurse) einem Rückgang von 13,4 Prozent entspricht.

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen (also Unternehmenskonkurse plus Konkurse von Privatpersonen sofern vorhanden und statistisch erfassbar) in Westeuropa steigt um 10,3 Prozent auf insgesamt 269.762 Fälle. Verantwortlich für diesen Zuwachs sind insbesondere die Insolvenzzahlen in Deutschland und Großbritannien. In Deutschland stiegen die Gesamtinsolvenzen um 18,3 Prozent auf 99.800 Fälle, in Großbritannien um 5,4 Prozent auf 53.640.

Bei Betrachtung der relativen Insolvenzbetroffenheit (Insolvenzfälle pro 10.000 existierender Unternehmen) belegt Spanien den Spitzenplatz: Lediglich zwei von 10.000 Betrieben sind 2003 pleite gegangen. In Griechenland waren es sechs und in Irland 33. Am meisten Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen verzeichnet Luxemburg mit 321 Betrieben gefolgt von Schweden mit 299 Unternehmenskonkursen. Deutschland liegt mit 136 Pleiten bei 10.000 Unternehmen im Mittelfeld der Aufstellung.

Das Zahlungsverhalten in Westeuropa hat sich nicht wesentlich verbessert, trotz den Bemühungen der Europäischen Union, die die „Zahlungsverzugsrichtlinie“ im August 2000 verabschiedete. Noch nicht alle Länder haben die Richtlinie inzwischen umgesetzt, aber auch die Unternehmen in den Ländern, die die Vorgaben in geltendes Recht verwandelten, haben mit schleppenden Zahlungseingängen zu kämpfen. Am längsten warten Betriebe in Italien auf ihr Geld: Insgesamt 85 Tage dauert es, bis die Forderungssumme auf dem Empfängerkonto eingegangen ist. Am schnellsten geht es in der Schweiz. Hier begleichen Betriebe nach 38 Tagen ihre Rechnung.

KMU in Westeuropa finanzieren sich hauptsächlich über Bankkredite und Lieferantenkredite. Insbesondere in Dänemark, Irland, Italien, Schweden und dem Vereinigten Königreich nehmen Lieferantenkredite einen höheren Stellenwert ein als Bankkredite, obwohl sie sehr teuer sind. Leasing wird besonders von Unternehmen in Spanien, Frankreich, Portugal, Luxemburg und den Niederlanden verwendet. Factoring als alternative Finanzierungsform gewinnt in der gesamten EU-Zone kontinuierlich an Bedeutung. Insbesondere Betriebe in Spanien und Griechenland machen davon vermehrt Gebrauch.

Das Dienstleistungsgewerbe trägt den Löwenanteil am Insolvenzgeschehen in Westeuropa: 42,9 Prozent aller Insolvenzanträge (Vorjahr 40,6 Prozent) kommen aus dieser Sparte. Lediglich 11,2 Prozent (Vorjahr: 12,4 Prozent) am Insolvenzaufkommen trägt das Verarbeitende Gewerbe. In den einzelnen Ländern sind die Verteilungen der Insolvenzen auf die einzelnen Branchen jedoch sehr unterschiedlich. In Norwegen liegt der Anteil des Baugewerbes bei gerade einmal 10,9 Prozent, in Deutschland, Frankreich und Großbritannien dagegen bei über 20 Prozent. In Dänemark kommen 42,5 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen aus dem Handel, in Großbritannien sind es dagegen nur 19,1 Prozent.

In Deutschland hat sich der Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen abgeschwächt. Lag die Steige-

rungsrate in 2002 noch bei 16,1 Prozent, sind es in 2003 nur noch 5,5 Prozent. Getragen wird der Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen von den Betrieben in Westdeutschland: 29.700 Unternehmen aus den alten Bundesländern mussten 2003 den Gang zum Insolvenzgericht antreten – 11,9 Prozent mehr als in 2002. In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung hingegen rückläufig: 10.000 Unternehmen meldeten Konkurs an; 9,7 Prozent weniger als letztes Jahr. Die Zahl der drohenden Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen betrug in 2003 613.000. Das sind 23.000 mehr Betroffene als noch in 2002.

Zum ersten mal untersuchte Creditreform auch die Insolvenzsituation in den Beitrittsländern der europäischen Union. Zwar existiert in den meisten osteuropäischen Ländern noch kein funktionierendes Insolvenzrecht mit entsprechenden Gerichten und der Praxiserfahrung, dennoch ist auch hier ein Trend zu verzeichnen: Binnen Jahresfrist nahmen die Insolvenzen in den sieben untersuchten Ländern Polen, Tschechien, Litauen, Ungarn, Slowakei, Lettland und Slowenien um 3,0 Prozent zu. Gab es in 2002 20.851 Unternehmenszusammenbrüche, liegt die Zahl für 2003 bei 21.478 Fällen. Rückgänge verzeichnen die Länder Litauen (minus 26,2 Prozent) und Polen (minus 13,1 Prozent). Zugenommen haben die Zahlen insbesondere in Ungarn (plus 23,7 Prozent) und Slowenien (plus 10,4 Prozent). Bei der relativen Insolvenzbetroffenheit (Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) zeigen sich auch in Osteuropa starke Unterschiede: So gehen in Slowenien 243 Unternehmen in Konkurs, während es in Polen nur drei sind.

In Japan ist eine Rückgang der Insolvenzen von 13,4 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt meldeten 16.855 Unternehmen Insolvenz an, im Vorjahr lag die Zahl noch bei 19.458. In 2002 stiegen die Unternehmenszusammenbrüche noch um 4,7 Prozent an. Doch die Erholung der Wirtschaft in Japan in 2003 zeigt bereits Auswirkungen.

In den USA ist die Situation zweigeteilt: Die Unternehmensinsolvenzen sind rückläufig, die Anzahl der Pri-

vatpersonen, die sich entschulden möchten steigt hingegen an. Lediglich 35.454 Unternehmen meldeten 2003 Konkurs, ein Rückgang von 8,0 Prozent und eine absolute Zahl, die unter der von Deutschland (39.700) liegt. Hingegen liegt die Zahl der Privatinsolvenzen exorbitant hoch und bei über 1,6 Millionen Fällen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2004, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 03. Februar 2004

Verzeichnis der Informationsquellen

Statistische Landesämter

Belgien:	Institut National des Statistique, Brüssel
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistics Finland
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques
Großbritannien:	Office for National Statistics, London
Irland:	Central Statistical Office
Italien:	ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Österreichisches Statistisches Zentralamt
Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica
Schweden:	Statistics Sweden
Schweiz:	Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica

Deutsche Auslandshandelskammern

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Brüssel
Deutsch-Finnische Handelskammer, Helsinki
Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen
Deutsch-Schwedische Handelskammer, Stockholm
Deutsche Handelskammer für Spanien, Madrid
Deutsch-Amerikanische Handelskammer, New York
Deutsche Industrie- und Handelskammer, Japan

Wirtschaftsinformationsunternehmen

Centro Studi Confindustria, Rom
Creditinform, Oslo
Creditreform Österreich, Wien
Creditreform Schweiz, St. Gallen
EuroCommerce, Brüssel
FEBIS Federation of Business Information Services, Amsterdam
FINSKA Suomen Asiakastieto Oy, Helsinki
Gerling Namur, Namur
Graydon Belgium N.V., Antwerpen
Graydon NL, Amsterdam
Graydon UK

ICAP, Griechenland
Intrum Justitia BV, Amsterdam
Experian Ireland Ltd., Dublin
Køebmandstanden, Kopenhagen
KSV Kreditschutzverband von 1870, Wien
Marsh, München
Moody's, Frankfurt/Main
OR Telematique, Paris
SCRL Observatoire des Entreprises
Society of Practitioners of Insolvency
Standard and Poor's, Frankfurt/Main
UC AB, Stockholm

Wirtschaftsinformationsstellen

Banco Bilbao v. Vizcaya, Spain
Banque Nationale de Belgique NBB, Bruxelles
BDI, Bundesverband der deutschen Industrie, Köln
BfAi Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln
BGA, Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, Bonn
BHF-Bank
Bronnoysundregistrene, Bronnoysund, Norwegen
Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
Bundesministerium für Finanzen
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Centre d'Observation (COE), Paris
Chambre de Commerce, Luxembourg
Department of Trade and Industry, London
DIHK, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Institut der deutschen Wirtschaft e. V., Köln
Konjunkturforschungsstelle Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zürich
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris
The Insolvency Service, London
The World Bank Group, Paris
US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C.
WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

Publikationen

Creditreform-Analysen
Deutsche Bundesbank; „Monatsberichte“, Frankfurt, 2003
Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

DTI, Department of Trade and Industry UK
Euler Trade Indemnity, Quarterly Business Review
Euler Trade Indemnity; Quarterly Financial Trends
Grant Thornton International; European Business
Survey, London
ibi – Institut für Bankinformatik und Bankstrategie an der Universität Regensburg, Konsolidierung im europäischen Binnenmarkt, 2000
ifo - Wirtschaftskonjunktur
Institut der deutschen Wirtschaft; „iwd“, Köln, div. Ausgaben, 2003
Jahn, U. (Hrsg.): „Insolvenzen in Europa“, 3. Aufl., Economica-Verlag, Bonn, 1998

Veröffentlichungen der EU

BACH-Datenbank
DEBA, Data for European Business Analysis, Luxemburg
European Network SME Research
KMU und Zugang zur Finanzierung, Beobachtungsnetz der europäischen KMU, 2003
Monitoring Bericht der Europäischen Kommission, April 2003
Panorama europäischer Unternehmen
Unternehmen in Europa (sechster Bericht), Eurostat

Creditreform-Geschäftsstellen in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland
Creditreform Latvija SIA, Lettland
Creditreform Lietuva UAB, Litauen
Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen
Creditreform k.s., Slowakei
Creditreform d.o.o., Slowenien
Creditreform s.r.o., Tschechien
Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn